

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 90 38/39
Telefax: 888 848 pabn d



Inhalt

Manfred Reimann MdB nimmt die AFG-Novelle kritisch unter die Lupe: Die Optik soll die Problemlösung ersetzen.

Seite 1

Heinz Oskar Vetter MdEP mahnt konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation ausländischer Mitbürger an: Deutsche und Ausländer gleich geschützt.

Seite 3

Herbert Schnoor fragt nach den Verbesserungen in der Terrorismusbekämpfung: Bonns Inaktivität behindert Terrorismusfahndung und Datenschutz.

Seite 4

Hans Büchler MdB untersucht die substantielle Basis regierungsamtlicher Spekulationen: Hennigs deutschlandpolitisches Störfeld.

Seite 5

Dokumentation:

Die Abschlusserklärung zum Ende des Olof-Palme-Friedensmarsches im Wortlaut

Seite 6

42. Jahrgang / 183

25. September 1987

Die Optik soll die Problemlösung ersetzen

Die Bundesregierung verdrängt die Arbeitsmarktprobleme

Von Manfred Reimann MdB
Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Auch mit ihrem Entwurf zur 8. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes wird die Bundesregierung den Problemen des Arbeitsmarktes nicht gerecht. Zwar gibt sie vor, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu verbessern und die Solidargemeinschaft vor Mißbrauch zu schützen, aber in der Praxis ergibt sich das bekannte Bild: Arbeitsmarktprobleme werden auf die Opfer der Massenarbeitslosigkeit abgewälzt.

Ich will dies an einigen Beispielen der geplanten Gesetzesnovelle verdeutlichen:

Die Bundesregierung will künftig „Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt schneller ausgleichen“, indem der Stellenmarkt für Rundfunk und Fernsehen, aber auch für andere Vermittler geöffnet wird. Damit ist ein Schritt zur Aufweichung des Alleinrechts der Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit getan, aber kein geeignetes Instrument zur Belebung des Arbeitsmarktes gefunden.

Notwendig ist es vielmehr, die personellen Kapazitäten der Arbeitsämter bundesweit aufzustocken. Außerdem erfordert eine qualifizierte Vermittlung und Beratung eine ständige Fort- und Weiterbildung des Personals. Ein weiterer Mangel ist es, daß die Mitarbeiter der Arbeitsämter oft nicht die Zeit haben, um durch Betriebsbesichtigungen, durch die Aufklärung über Arbeitsverhältnisse vor Ort, zu einer praxisorientierten Beratung befähigt zu werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit besonderer Rücksicht
auf Recycling-Papier



Das Alleinrecht der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitskräfte zu vermitteln, hat sich bisher in der Praxis sehr gut bewährt. Allerdings zeigt das derzeitige Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen - mehr als zwei Millionen arbeitslos Gemeldeten und einer Million Arbeitslosen in der stillen Reserve stehen zur Zeit circa 170.000 offene Stellen gegenüber -, daß auch die Bundesanstalt für Arbeit ihrer Vermittlungsfunktion nur gerecht werden kann, wenn es Arbeitsplätze zu vergeben gibt. Die vergangene Haushaltsdebatte hat erneut gezeigt, daß die Bundesregierung die Massenarbeitslosigkeit wieder einkalkuliert hat. Wollte sie die Vermittlungsmöglichkeiten von Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt verbessern, wie sie es in ihrem Gesetzentwurf vorgibt, so müßte sie erst einmal die sachlichen und fachlichen Kompetenzen schaffen und dafür sorgen, daß durch entsprechende Programme Arbeitsplätze geschaffen würden.

Der § 128 des Arbeitsförderungsgesetzes sollte unserer Meinung nach sowieso gestrichen werden, da er nur zu weiterer Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt führt. Man kann es den Arbeitgebern nicht verübeln, daß sie ältere Arbeitnehmer in eine verdiente Rente entlassen, wenn sie Erstattungsanspruch an das Arbeitsamt zahlen müssen. Leider werden heute junge, gerade ausgebildete Menschen entlassen, weil die Arbeitgeber ja Arbeitslose vom Arbeitsmarkt einstellen müssen. Die jetzt geplante Novelle des AFG führt dazu, daß die einzelnen Beschäftigungsgruppen auf dem Arbeitsmarkt weiter gegeneinander ausgespielt werden, daß die Entsolidarisierungsprozesse, durch die Wendepolitik hervorgerufen und ständig vorangetrieben, immer schlimmere Ausmaße annehmen.

Auch die geplante Änderung des § 103 AFG ist eine makabre Angelegenheit. Nun sollen Schüler und Studierende - oft gerade die, die auf dem 2. Bildungsweg zum Studium gelangt sind - von der Verfügbarkeit und damit von der Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. In einer Zeit, in der die Studentenschaft durch den unsozialen BAFÖG-Kahlschlag schon genug gebeutelt ist, in einer Zeit, in der inzwischen 40 Prozent der Studenten ihr Studium ausschließlich über eigene Arbeit finanzieren, versucht die Bundesregierung den betroffenen Gruppen, rechtmäßig erworbene Ansprüche auf Leistung nach dem Arbeitsförderungsgesetz wegzunehmen.

Damit werden gerade diejenigen unter den Schülern und Studierenden betroffen, die bereit sind, sich aus eigener Kraft weiterzuqualifizieren.

Auf der anderen Seite will die Bundesregierung Arbeitslose unterstützen, die selbständig werden wollen. Diese sollen statt bisher drei Monate Arbeitslosengeld jetzt bei Gründung einer selbständigen Existenz sechs Monate Arbeitslosengeld beziehen.

Die Förderung selbständiger Existenzen darf doch keine Aufgabe der Beitragszahler der Bundesanstalt für Arbeit sein; sie ist vorrangig eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik!

Wie die Bundesrepublik die Massenarbeitslosigkeit beseitigen will, das zeigt die geplante Verschärfung der Meldepflicht der Arbeitslosen. Alle Arbeitslosen, auch diejenigen, die keine Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz mehr beziehen, sollen sich alle drei Monate erneut beim Arbeitsamt melden.

Hier läßt die Bundesregierung die Katze aus dem Sack: Alle diejenigen, bei denen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, bereits zu schweren sozialen und psychischen Belastungen geführt hat, gerade diejenigen, werden es sein, die das Arbeitsamt nicht regelmäßig aufsuchen und somit aus der Statistik verschwinden werden. Diese Menschen gehen leider richtigerweise davon aus, daß ihnen keine Stelle vermittelt werden wird, daß sie lediglich diszipliniert werden sollen und im Abstand von drei Monaten zu Bittstellern degradiert werden sollen.

Nach dem zynischen Motto „Weiter so“ wird die Massenarbeitslosigkeit unter den Tisch gekehrt statt beseitigt. Durch die Ausdünnung der Arbeitslosenstatistik soll optisch der Eindruck von Erfolg entstehen. Nach den Opfern dieser Politik fragen die Verursacher lange nicht mehr. Sie sind längst einkalkuliert.

(-/25.9.1987/vo-he/st)

* * *



Deutsche und Ausländer gleich geschützt

Zur „Woche des ausländischen Mitbürgers“

Von Heinz Oskar Vetter MdEP
Berichterstatler des Europäischen Parlaments für Fragen des Ausländer- und Asylrechts

Die Zeiten sind lange vorbei, als in der Bundesrepublik der einmillionste Arbeitsemigrant öffentlich gefeiert wurde. Damals erhielt ein Portugiese als Gastgeschenk ein Motorrad. Heute, ein Vierteljahrhundert danach, stoßen unsere vier Millionen ausländischen Mitbürger nicht immer auf Zuneigung.

Ende der siebziger Jahre spitzte sich die „Ausländerfrage“ zu. Ein verstärkter Zuzug von Flüchtlingen aus Krisenregionen sorgt bis heute für Aufregung. Wieviele tatsächlich bei uns leben, darüber gehen die Meinungen auseinander. Tatsache ist, daß circa fünf Prozent aller Flüchtlinge der Welt in Westeuropa sind.

Als es unserer Wirtschaft gut ging und wir keine Arbeitslosen hatten, haben wir Menschen aus anderen Kulturkreisen als Arbeitskräfte geholt. Sie zahlen Steuern und Sozialversicherung. Ihre Kinder - die zweite und dritte Generation - fühlen und denken in deutschen Vorstellungen. Wieso sollen sie jetzt kein Recht darauf haben, hierzubleiben und sogar bei Gemeindewahlen mitwählen zu dürfen?

Aus den Erfahrungen einer Zeit, in der Millionen Menschen Opfer des nationalsozialistischen Terrors geworden sind, ist der Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ in die Verfassung geschrieben worden. Wieso soll dieses Verfassungsgebot in unserer hochzivilisierten und reichen Gesellschaft keine Berechtigung mehr haben?

Inzwischen ist eine Verhärtung der Moral eingetreten. Das Hemd ist näher als die Jacke. Zumal dann, wenn Politiker und Manager über zwei Millionen Menschen keine Arbeit und somit keine Hoffnung geben können. Eine Gesellschaft, die Arbeit und Geld ungerecht verteilt, braucht sich nicht wundern, wenn Egoismus und Ausländerfeindlichkeit wächst.

- Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Ausländer Ziel gewalttätiger Attacken werden. Rechtsradikale Gruppierungen schrecken nicht vor Mord zurück.
- Versteckte und öffentlich bekundete Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus werden leichtfertig verharmlost oder als Versprecher abgetan.
- Nicht alle Parteien grenzen sich eindeutig genug davon ab. Der Bürger verliert die Orientierung.

Integrationsbemühungen werden durch ausländer- und familienfeindliche Maßnahmen zerstört. Jüngstes Beispiel: Hessen. Dort wurde der Nachzug von Jugendlichen ausländischer Eltern von 18 auf 16 herabgesetzt und die Einbürgerung von Ehegatten erschwert.

Der Glaube an den Rechtsstaat wird durch Aushöhlung von Verfassungsrechten erschüttert. Wer von Flüchtlingen ein gültiges Einreisevisum verlangt, ist entweder böswillig oder kennt die tatsächliche Lage in den Fluchtländern nicht. Weder die Politik der sozialorientierten Parteien, noch das erfreuliche Aufbegehren der Kirchen und der Verbände konnte diese Tendenzen verhindern.

Artikel 20 unserer Verfassung bestärkt eindeutig den Sozialstaatscharakter unserer Gesellschaft. „Wir sind ein sozialer und demokratischer Bundesstaat“. Die Schwachen und Entrechteten, Gefolterten und Verzweifelten, Hungernden und Notleidenden sollen in unserer Demokratie geschützt werden: Deutsche und Ausländer! Der Rassismus in seiner Palette von Ausprägungen darf in unserer Gesellschaft keine Chance mehr haben. Der frühere österreichische Justizminister, Christian Broda, bezeichnete den Rassismus als den Faschismus unserer Tage.

Das Bremer Wahlergebnis muß jedem zu denken geben. Bremen wird nur dann eine Ausnahme bleiben, wenn die offizielle Politik eine Asyl- und Ausländerpolitik betreibt, die den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

(-/25.9.1987/vo-he/st)

* * *



Bonnas Inaktivität behindert Terrorismusfahndung und Datenschutz

Weniger Aktionismus und mehr Klarheit bei den Kompetenzen sind gefragt

Von Herbert Schnoor
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Fast ein Jahr ist nach der Ermordung von Gerold von Braunmühl am 10. Oktober vergangen, bis der Bundesarat am 25. September die rechtlichen Voraussetzungen für eine verbesserte Terrorismusfahndung der Polizei geschaffen hat. Untätigkeit, Kompetenzengerangel zwischen Bundesverkehrs-, Justizministerium und den CDU/CSU-regierten Bundesländern sowie die Datenschutzabstinenz kontrastieren ganz merkwürdig zum öffentlich dargestellten Aktionismus des Bundesinnenministers bei der Terrorbekämpfung.

Noch immer wird das Zentrale Verkehrsinformationssystem (ZEVIS) beim Kraftfahrtbundesamt nicht im Direktanschluß für die Terroristenfahndung benutzt, da die konservative Koalition außerstehende gewesen ist, rechtzeitig verfassungskonforme Rechtsvorschriften zu erlassen. Das ist besonders deshalb skandalös, weil CDU- und CSU-Politiker nach der Ermordung von Gerold von Braunmühl nicht müde wurden, in rüder Form den Sozialdemokraten mangelnde Entschlossenheit bei der Terrorismusbekämpfung vorzuwerfen.

Die in Flensburg von 33 Millionen Fahrzeug-Haltern gespeicherten Daten für die Personen-Abfrage sollten nur bei der Terrorismus- und Schwerstrafkriminalitätsbekämpfung benutzt werden. Die ZEVIS-Datenbank ist seinerzeit gesetzmäßig nur für Straßenverkehrszwecke geschaffen worden, nicht aber als „zentraler Sicherheitscomputer und großer Bruder“ für jegliche Bagatelldelinquenz-Anfrage oder sämtliche Nachrichtendienste. Das wäre mit der Verfassungs- und Datenschutzrechtslage nach dem Karlsruher Volkszählungsurteil unvereinbar. Den „gläsernen Menschen“ darf es nun mal nicht geben. Auch durch die Hintertür darf ZEVIS weder ein Bundesadressbuch noch ein indirektes Personenkenntniszeichen oder gar Zentralspeicher für Bewegungsprofile werden.

Bei der sogenannten P-Abfrage werden im Gegensatz zur bloßen Halter-Abfrage einzelne Personalien eines potentiellen Kfz-Halters (zum Beispiel Name, Vorname, Geburtsdatum), in den Polizeiterminal eingegeben und herauskommen die Anschrift(en) und die auf seinen Namen zugelassenen Fahrzeuge.

Wie lange will Bonn eigentlich beim Datenschutz auch in allen anderen Sicherheitsbereichen weiter untätig bleiben? Unter Zugrundelegung des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts für die Datenerhebung und -verarbeitung der Behörden im Sicherheitsbereich fehlen die bereichsspezifischen gesetzlichen Regelungen. Der von der Rechtsprechung bisher noch eingeräumte sogenannte Übergangsbonus für staatliches Handeln besteht nur für einen begrenzten Zeitraum. Es kann der Polizei praktisch jederzeit passieren, daß ihre Maßnahmen wegen fehlender Rechtsgrundlage aufgehoben werden. Als Beispiele schenken mir die Strafprozeßordnung, das BKA-Gesetz und das BSG-Gesetz genannt.

(-/25.9.1987/vo-he/st)



Hennigs deutschlandpolitisches Störfeuer

Spekulationen ohne den geringsten Beweis

Von Hans Büchler MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen

Legenden werden kunstvoll gewebt und vor einem Publikum ausgebreitet, das sie in deutsch-nationaler Gesinnung nur zu gerne glaubt. Hennigs gestrige Zuhörer in Frankfurt sind vor allem dadurch bekannt, daß sie den Namen Kurt Schumachers in unglaublicher Weise mißbrauchen.

Der Sinn der Rede kann nur darin gesehen werden, die 15jährige Kontinuität der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, wie sie im Honecker-Besuch zum Ausdruck kam, zu unterlaufen und zu stören. Unverantwortlich handelt ein Regierungsmitglied, daß statt Fakten Spekulationen ohne den geringsten Beweis in die Welt setzt. Damit hat sich Hennig schon für sein jetziges Amt disqualifiziert.

Zur Sache selbst: Wenn Hennig glaubt, die Sowjetunion bereite eine deutsche Konföderation vor, unterstellt er, daß Gorbatschow den Bundespräsidenten bei dessen Moskau-Besuch belogen hat, als er Moskaus These von der fortdauernden Zweistaatlichkeit mit nicht zu überbietender Deutlichkeit bekräftigte. Glaubte Hennig, daß Gorbatschow den Bundespräsidenten belügt, aber dem Vertriebenen-sprecher auf geheimen Pfaden die Wahrheit zuspielt?

Wenn Hennig vor dem Abzug sowjetischer und westallierter Streitkräfte aus Europa warnt, vergißt er, daß zumindest deren erhebliche Ausdünnung seit Jahren Beratungsgegenstand der MBFR-Verhandlungen ist und mit Sicherheit Beratungsgegenstand künftiger Ost-West-Verhandlungen über die Verringerung konventioneller Rüstungen sein wird.

Wir Sozialdemokraten haben das bisher für ein Ziel auch der Bundesregierung gehalten.

Die von Hennig namentlich erwähnten sowjetischen Experten sind - soweit sie sich überhaupt schwerpunktmäßig mit Deutschland befassen - vor allem dadurch hervorgetreten, daß sie am Status quo in Europa unbedingt festhalten. Man mag das bedauern oder nicht. Welches Bild hat Hennig von der Handlungsfähigkeit der DDR, die ihre eigenen Interessen auch gegenüber Moskau sehr wohl zu vertreten weiß („Schadensbegrenzung“?). Der Bundeskanzler hat jedenfalls in seine Moskau-Erklärung und im Bonner Besuchskommunique eindeutig Stellung genommen.

Offensichtlich besteht nach dem Honecker-Besuch in Bonn das Bedürfnis bei den Stahlhelmen der Union, die Bilder und die Botschaften dieses Besuchs durch die Auffrischung alter Legenden ungeschehen zu machen.

Wenn Hennig lediglich bekräftigen wollte, daß die Freiheit nicht der Preis der Einheit sein kann, hätte er den übrigen blühenden Blödsinn seiner gestrigen Rede nicht benötigt. Da wir Sozialdemokraten schon lange die Auffassung vertreten, Frieden und Freiheit seien wichtigere Ziele als ein einheitlicher, deutscher Nationalstaat, ist dies die einzige Aussage Hennigs, der zuzustimmen ist.

Den Belegen für seine Spekulationen sehen wir mit großem Interesse entgegen. (-/25.9.1987/vo-ha/st)



DOKUMENTATION

Ein Weg, der noch viele weitere Schritte erfordert

Der Olof Palme-Friedensmarsch für einen atomwaffenfreien Korridor ging am vergangenen Wochenende in Heilbronn zu Ende. Wir dokumentieren den Wortlaut der Abschlusserklärung.

Mit dem Olof Palme-Friedensmarsch haben sich die Friedensbewegungen aus DDR, CSSR, Österreich und Bundesrepublik auf einen gemeinsame Weg begeben. Ein Weg, der noch viele weitere Schritte erfordert.

Die Widerstände gegen Abrüstung sind enorm groß. Die Bundesregierung will an atomarer Abschreckungspolitik, Vernichtungsdrohung und Kriegsführungsstrategien festhalten. Teils offen, teils verdeckt attackieren Regierungsmitglieder selbst die so nahe scheinende „doppelte Null-Lösung“. Es gehört zu ihrer Politik, Angst vor der Denuklearisierung Europas zu verbreiten, irrationale Bedrohungsängste zu schüren und andere Völker zu Feinden zu erklären.

Der Olof Palme-Friedensmarsch ist ein Schritt auf dem lebensnotwendigen, friedensgestaltenden und grenzüberschreitenden Prozeß der Vertrauensbildung, der Toleranz und des Dialogs. Wir schaffen damit das politische Fundament für einen Frieden ohne Waffen zwischen allen Menschen und Völkern. Wir demonstrieren, daß die Menschen in Ost- und Westeuropa unseren Kontinent von atomarer und massenvernichtender Bedrohung befreien wollen.

Die Friedensbewegung der Bundesrepublik fordert Entscheidungen der Bundesregierung - für sofortigen Abzug und Verschrottung von Pershing II und Cruise Missiles; zur Aufkündigung des Kooperationsabkommens für die Pershing I A und zum Eintritt in Verhandlungen mit DDR und CSSR über einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa!

Der atomwaffenfreie Korridor bedeutet mehr als den Rückzug von atomaren Systemen. Mit ihm kann eine Abrüstungspartnerschaft beginnen, die zum Frieden statt zum Krieg befähigt: eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die die Konfrontation der Blöcke überwindet und zu einer europäischen Friedensgesellschaft führt.

Wir wollen bei uns mit Abrüstung anfangen. Wir wollen den atomwaffenfreien Korridor, das atomwaffenfreie Europa, eine Welt ohne Waffen. Mit den Friedensbewegungen ganz Europas werden wir auf unserem Weg weitergehen, blockübergreifend und blocküberwindend - für eine lebenswerte, friedliche und gerechte Zukunft!

(-/25.9.1987/vo-he/rs)

* * *

